Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Abonnementspreis vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.70. — Expedition u. Anzeigenannahme Marienstr. 38/40, 8–6, Sonntags bis 12 Uhr. Die Redaktion: Dr. Kastner, 5, nur an Wochentagen bis 5 Uhr. Die laufende Grundzeile kostet 15 Pfg., für Dresden oder nach Belieben 20 Pfg. Anzeigen durch Einzelzeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Gewähr für die nächsttägige Aufnahme der Inserate wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Nachnahme oder Vorausbezahlung. Für Aufgabe einzelnster Schriftstücke keine Verbindlichkeit. Ankündigungen nehmen Annoncenbureaus sowie Annahmestellen an. Fernsprechstelle Nr. 11.

# Dresdner Nachrichten

36. Jahrgang.
Aufl. 52,000 Stück.
Dresden, 1891.

**Dr. Kadner's Sanatorium.**
Diätetische Kuranstalt — Niederlössnitz b. Dresden. für Nervenleiden, Blutarmuth, Fettsucht, Diabetes, Gicht, Unterleibsleiden.

**Thüre zu!** D.R.-Patent.

Vollkommenster, selbstthätiger, geräuschloser **Thürschliesser.** Prospecte gratis und franco. **45,000** Stück im Gebrauch. **Curt Heinsius,** Dresden-N., **Tieckstrasse 27** (Fernsprech-Amt II, Nr. 2166).

**Migräne-Pastillen,** erprobtes Mittel bei Kopfschmerz, Migräne, Katzenjammer (Schachtel 1 Mark) empfiehlt die **Salomonis-Apotheke Dresden, Neumarkt 8.**

Tapeten — Versandt Geschäft: Marschall Str. 29. **F. Schade & Co.** Haupt Geschäft: Victoria & Waisenhaus-Str. Ecke. — Tapeten

**Kräutersäfte** zu blutreinigenden Frühjahrskuren etc., täglich frisch gepresst, innerhalb der Stadt freie Zusendung. **Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgenthor.**

**Tiroler Lodenhüte von 2 Mark an, Lodenjoppen von 8 Mark an, Havelocks von 16 Mark an** empfiehlt **Jos. Fiechtl** aus **Tirol,** Schloss-Strasse 23 (nächst dem Königl. Schloss).

**Nr. 100. Spiegel:** Pessimistische Stimmung. Parteien im österreichischen Reichsrath. Landtagswahlen, neue Droschkenordnung, Militärisches, Geflügelausstellung, Gerichtsverhandlungen, Tagesgeschichte. Kunstvereinsausstellung, „Lohengrin" in Bordeaux. **Freitag, 10. April.**

## Politisches.

Seit dem verunglückten Attentat in Sofia ist die Auffassung der internationalen Lage allenthalben eine sehr pessimistische geworden. Man kann sich nicht verhehlen, daß der verbrecherische Anschlag gegen Stambulow nur das Signal für ein aggressives Vorgehen der Russen in der Orientpolitik sein sollte und daß bei dem engen Zusammenhang der orientalischen Probleme mit der Erhaltung des europäischen Friedens die Kriegsgefahren näher gerückt seien. Und wenn auch Rußland versichert, daß es nichts Anderes als den Frieden wolle und gar nicht daran denke, durch Aufwerfung der bulgarischen Frage die europäische Ruhe zu stören, so bleibt ein starker Zweifel an der Aufrichtigkeit der russischen Politik nach wie vor berechtigt, umsomehr, als die gesammte russische Presse in verdächtiger Uebereinstimmung nur allzudeutlich ihr lebhaftes Bedauern zu verstehen giebt, daß Stambulow mit heiler Haut den Mörderhänden entronnen ist. Dabei bemüht man sich, Bulgarien, dem sich ganz Europa seine Sympathien zuwendet, als ein Land der Zucht- und Gesetzlosigkeit, als ein Räubernest hinzustellen, welches nur durch russische Kulturträger in den Zustand segensreicher Ruhe und gesetzmäßiger Ordnung hinübergeleitet werden könne. Andere symptomatische Thatsachen gesellen sich hinzu, um die internationale Lage als eine höchst kritische ansehen zu müssen. Die französisch-russische Freundschaft, welche im gegebenen Augenblicke unzweifelhaft eine gemeinsame kriegerische Aktion zeitigen würde, wurde offiziell durch die Verleihung des höchsten russischen Ordens an den Präsidenten Carnot besiegelt. Eine Wiederholung des in Bulgarien versuchten Putsches, welcher ohne Frage auf russische Wühlereien zurückzuführen ist, erscheint um so eher möglich, als die Nachbarstaaten Serbien und Rumänien gegenwärtig russenfreundliche Ministerien besitzen, die willenlos den antibulgarischen Agitationen des Panslavismus Vorschub leisten. Besorgnißerregend wirken ferner die Nachrichten, daß Rußland seine Truppenmacht an der westlichen Grenze verdoppelt haben und daß der neue italienische Ministerpräsident Rudini ganz im Gegensatze zu der Stellung, welche sein Vorgänger Crispi in der Orientpolitik eingenommen hatte, in der bulgarischen Frage neben Frankreich völlig auf Seite Rußlands stehen solle. War diese Meldung richtig, so wäre zugleich die Bestätigung der Befürchtung gegeben gewesen, daß der Dreibund, soweit es Italien betrifft, ernstlich erschüttert sei. Selbst diejenigen Conjecturalpolitiker, welche nicht soweit gehen, zu glauben, daß für die europäische Kriegspartei der Zeitpunkt zum Losschlagen und zur Entfachung eines Weltbrandes gekommen sei, können dennoch nicht die bedenkliche Unsicherheit der gegenwärtigen Situation und die gewitterschwangere Atmosphäre leugnen.

Einen recht auffälligen Kontrast zu dieser mehr oder weniger pessimistischen Gesammtstimmung bilden die jüngsten Auslassungen der „Nordd. Allg. Ztg." über die internationale Lage, welche in der zuverlässigen Behauptung gipfeln, daß nicht der geringste Grund zur Beunruhigung gegeben sei. Wohin wir in unserem Weltheile die Blicke wenden, betont das ehemalige Kanzlerblatt, das hier ohne Frage seitens des Auswärtigen Amtes inspirirt ist, sehen wir die internationalen Verhältnisse so beruhigt und so befriedigend, wie nur irgend erwartet werden kann. Wo Konflikte vorhanden, herrsche doch die volle Zuversicht, daß die friedlichen Mittel der Diplomatie genügen werden, die bestehenden Differenzen schließlich auszugleichen. Die Meldungen von russischen Rüstungen werden als grundlos bezeichnet. Rußland stehe noch inmitten der Ausführung des in den achtziger Jahren angenommenen Reichsvertheidigungsplanes und habe mit der Umänderung des Infanterie-Gewehres eine Maßnahme in Angriff genommen, deren Durchführung nicht begonnen zu werden pflege, wenn irgendwo Befürchtungen vorhanden wären, von ernsten Ereignissen überrascht zu werden. Die Verleihung des russischen Andreasordens an den Präsidenten der französischen Republik erklärt die „Nordd. Allg. Ztg." damit, daß nach dem gastfreundlichen Empfange des Zarewitsch auf französischem Boden in Asien eine Dankeserwiederung in den herkömmlichen Gepflogenheiten internationaler Höflichkeit gelegen habe.

Die in dem genannten offiziösen Blatte sich wiederspiegelnde optimistische Ansicht der Berliner Regierungskreise würde eine erfreuliche Bekräftigung erfahren, wenn sich die Mittheilung der „Times" bestätigen sollte, daß der Dreibund, der 1892 abläuft, unter den bisherigen Bestimmungen für die Dauer von 5 Jahren demnächst erneuert werde. Denn die Erneuerung der Tripelallianz, welche während des Jahrzehnts ihres Bestehens die Erhaltung des europäischen Friedens ermöglicht hat, würde wesentlich zur Klärung und Sicherung der internationalen Verhältnisse beitragen und die Hoffnung bekräftigen, daß vor der Hand eine Gefährdung des Friedens nicht zu erwarten ist. Zunächst allerdings ist die Meldung des englischen Weltblattes nur als ein dunkles Gerücht zu bezeichnen und die Ansichten der „Norddeutschen Allgem. Zeitung" scheinen mehr frommen Wünschen als den Thatsachen zu entsprechen.

•

Gestern ist in Wien der neugewählte Reichsrath wieder zusammengetreten und morgen erfolgt die feierliche Eröffnung der bevorstehenden sechsjährigen Gesetzgebungsperiode durch den Kaiser. Nach Verlesung der Thronrede, welche hoffentlich Andeutungen über eine Regelung der österreichischen Valutafrage bringen wird, wird das Abgeordnetenhaus die Präsidentenwahl vornehmen und beide Häuser werden sich alsdann mit der üblichen Beantwortung der Thronrede durch Beschlußfassung über eine Adresse zu beschäftigen haben.

Um die parlamentarischen Vorgänge, welche sich seit Wochen in Oesterreich abspielen, zu verstehen, muß man sich vergegenwärtigen, welche Beweggründe den Grafen Taaffe in der letzten Januarwoche zur Auflösung des Reichsrathes und im unmittelbaren Anschluß zur Entlassung des Herrn von Dunajewski, des Trägers des bisherigen parlamentarischen Majoritätssystems, geführt haben. Die schwierigen und zweifelhaften Majoritätsverhältnisse im Reichsrathe, welche die Entfaltung einer kräftigen gesetzgeberischen Thätigkeit verhinderten, die Nothwendigkeit einer Neugestaltung der parlamentarischen Parteigruppirung durch Sammlung der gemäßigten Elemente als Stütze der Regierung und zum Schutz gegen unpatriotische und extreme Bestrebungen: das waren die Momente, welche die Regierung bewogen hatten, der Krone jene unerwarteten Maßnahmen anzurathen. Hat nun Graf Taaffe erreicht, was er vor Allem bezweckte, die Klärung der politischen Lage und eine zuverlässige Reichsrathsmajorität? Vor der Auflösung des Reichsrathes setzte sich die Majorität, mit welcher der cisleithanische Ministerpräsident regierte, aus der polnischen Fraktion, den Konservativen, den Klerikalen, den böhmischen Großgrundbesitzern und den Altczechen zusammen. Die Grundsäule dieser Regierungsmehrheit bildete die Partei der Letzteren; sie ist zerborsten, nachdem sich die Unmöglichkeit des zwischen der Regierung, den Deutschen und den Altczechen vereinbarten böhmischen Ausgleichs herausgestellt hatte. Denn die Jungczechen, welche die altczechische Partei verdrängt haben, sind eine russisch-demokratisch-hussitische Partei, die unmöglich einen Bestandtheil einer neu zu bildenden Regierungsmajorität bilden kann. Nach den Neuwahlen glaubte man allgemein, daß die deutschliberale Partei den Mittelpunkt bilden werde für alle Diejenigen, welche die Regierung zu unterstützen bereit sind. Alle bisherigen Versuche aber, welche eine Annäherung der Vereinigten Linken und der Regierung erzielen sollten, sind gescheitert. Die Liberalen haben die Politik der freien Hand gewählt und Graf Taaffe die Majorität von Fall zu Fall. Die Auflösung des Reichsraths hat also nicht dahin geführt, die Bildung einer festen, zur Regierung haltenden Mehrheit zu erzielen. Der sogenannte Hohenwartklub wird es zunächst sein, welcher der Regierung als Stütze dienen wird und an den sich von Fall zu Fall andere Fraktionen angliedern könnten. Der Hohenwartklub setzt sich voraussichtlich aus 11 mährischen Altczechen, 18 Mitgliedern des konservativen böhmischen Adels, 29 Deutschkonservativen, 7 Kroaten, 16 Slovenen, 4 klerikalen Tirolern, 8 Ruthenen und 4 Rumänen zusammen. Zur Mehrheit fehlen aber noch etwa 80 Abgeordnete. Der Polenklub, welcher aus 57 Mitgliedern besteht, wird wahrscheinlich in der Mehrzahl der Fälle mit der Rechten stimmen, indeß ist ein Kompromiß mit der Linken nicht ausgeschlossen. Angesichts der parlamentarischen Schwierigkeiten, welche der Mehrheitsbildung entgegenstehen, wird es sich leicht ereignen können, daß bald die verhaßten Antisemiten, welche sich unter der Führung des Prinzen Liechtenstein zu einem Klub vereinigen dürften, bald die Jungczechen berufen sein könnten, zwischen der Linken und der Rechten den Ausschlag zu geben. Beide Parteien aber hat das Kabinet Taaffe ohne Zweifel zu jenen extremen Fraktionen gerechnet, deren Bekämpfung als einer der Gesichtspunkte bezeichnet wurde, welche die Auflösung des Reichsrathes als wünschenswerth erscheinen ließen. Somit hat also Graf Taaffe nach keiner Richtung erreicht, was er erhoffte. An eine Erschütterung seiner Stellung ist darum aber nicht zu denken; er ist der Vertrauensmann und Jugendgenosse des Kaisers Franz Joseph, welcher sich schwerlich wird entschließen können, sich von dem Manne zu trennen, der 12 Jahre hindurch mit seltenem Geschick trotz des parlamentarischen Chaos das österreichische Staatsruder gelenkt hat.

## Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 9. April.

**Berlin.** Der Reichstag setzte die Berathung des Arbeiterschutzgesetzes bei § 152 (Kontraktbruch) fort. Der Paragraph lautet in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung: „Hat ein Geselle oder Gehilfe rechtswidrig die Arbeit verlassen, so kann der Arbeitgeber als Entschädigung für den Tag des Vertragsbruchs und jeden folgenden Tag der vertragsmäßigen oder gesetzlichen Arbeitszeit, höchstens aber für eine Woche, den Betrag des ortsüblichen Tagelohnes fordern. Diese Forderung ist an den Nachweis eines Schadens nicht gebunden. Durch ihre Geltendmachung wird der Anspruch auf Erfüllung des Vertrags und auf weiteren Schadenersatz ausgeschlossen. Dasselbe Recht steht dem Gesellen oder Gehilfen gegen den Arbeitgeber zu, wenn er von diesem vor rechtmäßiger Beendigung des Arbeitsverhältnisses entlassen worden ist. Ein Arbeitgeber, welcher einen Gesellen oder Gehilfen verleitet, vor rechtmäßiger Beendigung des Arbeitsverhältnisses die Arbeit zu verlassen, ist dem früheren Arbeitgeber für den entstandenen Schaden oder den nach Absatz 1 an die Stelle des Schadenersatzes tretenden Betrag als Selbstschuldner mit verhaftet. In gleicher Weise haftet ein Arbeitgeber, welcher einen Gesellen oder Gehilfen annimmt, von dem er weiß, daß derselbe einem anderen Arbeitgeber zur Arbeit noch verpflichtet ist." Endlich wird noch bestimmt, daß die Gesellen und Gehilfen im vorstehenden Sinne den Hausarbeitern gleichstehen. — Abg. Dr. Hartmann und Gen. (Konservative, Reichspartei und Centrum) beantragen, daß auch derjenige Arbeitgeber in vorstehendem Maße mitverhaftet sein soll, der einen Gesellen oder einen Gehilfen, von dem er weiß, daß derselbe einem anderen Arbeitgeber zur Arbeit noch verpflichtet ist, während der Dauer dieser Verpflichtung in der Beschäftigung behält, sofern nicht seit der unrechtmäßigen Lösung des Arbeitsverhältnisses bereits 14 Tage verflossen sind. Die Sozialdemokraten beantragen Streichung des ganzen Paragraphen. — Singer (Soz.): Dieser Paragraph mache den Nutzen dieses ganzen Gesetzes ganz illusorisch; er stelle die Arbeiter außerhalb des allgemeinen Rechts. Die Kommission habe zwar die ominöse „Buße" durch „Entschädigung" ersetzt. Vielleicht haben bei dieser Milderung Wohlrücksichten mitgesprochen, aber an den thatsächlichen Verhältnissen sei damit nichts geändert. Die Kontraktbruchs-Statistik der Streiks beweise nichts. Man müsse die Gründe mit berücksichtigen, die zu den Streiks führten. Diese Ausnahmestellung, in die man die Arbeiter mit diesem Paragraphen bringen wolle, müsse die empören. Nehme die Mehrheit diesen Paragraph an, so begebe sie sich des Rechtes zu sagen, daß sie eine Klassengesetzgebung mache. Einer Entschädigung müsse der Nachweis eines Schadens vorangehen; das gelte für alle übrigen Klassen. Für die Arbeiter solle es nicht gelten. In dem Augenblick, da diese Vorlage gleich werden wird, werden sich die Arbeiter, die heute der Sozialdemokratie nicht angehören, derselben anschließen. Daß es ein Freisinniger war, der in der Kommission der Regierung mit dem Antrag auf Erlaß der Buße durch Entschädigung die goldene Brücke baute, wird ein ähnliches Brandmal des Liberalismus sein. — Abg. v. Puttkamer (früherer Minister des Innern): Durch den gestrigen Antrag auf Beseitigung der Kündigungsfrist habe die sozialdemokratische Partei bewiesen, daß sie nicht die Interessen der Arbeiter vertrete, dadurch, daß sie alle zu Gunsten der Arbeiter seitens der Unternehmer getroffenen Wohlfahrts-Einrichtungen als Schwindel bezeichne. Ein Bedürfniß zur Bekämpfung der Kontraktbrüchigkeit sei vorhanden und man könne darin die Regierung nicht im Stiche lassen. Wenn coalirte Arbeiter bei Streiks ihre Verträge brechen, so geschieht dies mit dem Willen, einen unberechtigten Zwang auf die Arbeitgeber auszuüben. Hierin liege der große Unterschied zwischen diesem Kontraktbruch und den unter anderen Verhältnissen vorkommenden Kontraktbrüchen. Dieser Unterschied bedinge auch eine verschiedene Behandlung. Bei allem Wohlwollen für die Arbeiter müsse doch auch Rücksicht genommen werden auf die Interessen der Produzenten und die Aufrechterhaltung der sozialen und wirthschaftlichen Ordnung. — Handelsminister v. Berlepsch: Die vorgeschlagene Fassung sei durch die Zunahme der Neigung zum Kontraktbruch, die gemeingefährliche Dimensionen angenommen, veranlaßt. Die Gründe, welche die Streiks veranlaßten, kämen hier nicht in Frage, denn nicht darauf komme es an, ob Gründe für die Streiks, sondern ob eine Nothwendigkeit zum Kontraktbruch vorhanden war. Eine solche Nothwendigkeit habe nirgends vorgelegen, namentlich nicht bei dem großen Streik der Kohlenarbeiter. Durch die Bestimmungen des § 125 werde der Freiheit der Arbeiter in keiner Weise in den Weg getreten, es solle damit nur dem Kontraktbruch begegnet werden. Sozialdemokratischerseits sei der Kontraktbruch als nothwendiges Mittel zur Besserung der Lage der Arbeiter bezeichnet worden. In England aber komme der Kontraktbruch nicht vor. Die englischen Arbeiter seien eben ehrlich. Die Sozialdemokraten sollten etwas vorsichtiger in ihren Vorwürfen sein und sich des Spruches erinnern: Was Du nicht willst, das man Dir thu', das füg' auch keinem Anderen zu! Sie werfen anderen Parteien stets vor, einseitige Unternehmerinteressen zu vertreten, aber ihnen selbst sei von ihrem geistigen Führer Carl Marx in dessen jüngst veröffentlichter Schrift gegen das Gothaer Programm der Vorwurf gemacht worden, noch ganz in den Anschauungen der Bourgeoisie befangen zu sein. — Abg. Bayer (Volksp.) bekämpft den ersten Theil des § 125 und will nur den Arbeitgeber haftbar machen, welche Arbeiter zum Kontraktbruch verleiten oder kontraktbrüchige Arbeiter annehmen. — Abg. Dr. Gutfleisch (freis.): Der Arbeitgeber sei heute dem kontraktbrüchigen Arbeiter gegenüber nicht in der Lage, sein Recht geltend zu machen. Bei der Schwierigkeit, Schadenersatzansprüche zu konstruiren, habe man sich dahin entschieden, den Betrag des ortsüblichen Tagelohnes der Entschädigung zu Grunde zu legen. Es könne vorkommen, daß die Entschädigung höher ausfalle, als der wirklich erlittene Schaden. Aber dieser Fall werde selten sein. Der Paragraph bringe auch eine entschiedene Verbesserung für den Arbeiter, indem dieser nicht wie bisher für unbestimmte Zeit mit dem Maße des Kontraktbruches verhaftet bleibt. Er werde gegen den Antrag Dr. Hartmann's stimmen, der den Arbeitgeber veranlassen soll, einen Arbeiter, von dessen Kontraktbrüchigkeit er erst nach seiner Annahme Kenntniß erhält, zu entlassen, sofern nicht seit der unrechtmäßigen Lösung des Arbeitsverhältnisses bereits 14 Tage verflossen sind. Aber auch wenn dieses Amendement angenommen werden sollte, werde es noch ein großer Fortschritt gegenüber den jetzigen Verhältnissen bleiben. — Nachdem auch die Abgg. Schädler (Centr.) und Stumm (Reichsp.) für § 125 eingetreten, wurde die Weiterberathung auf morgen vertagt.

**Berlin.** Das Abgeordnetenhaus trat heute in die zweite Berathung der Landgemeindeordnung ein. In Bezug auf die große Streitfrage, wer beim Widerspruch der Betheiligten gegen deren Willen eine Zusammenlegung leistungsunfähiger Gemeinden und Gutsbezirke anordnen soll, wird der von der Kommission vorgeschlagene Instanzenzug angenommen, mit dem sich die Regierung einverstanden erklärt. Fortsetzung der Berathung morgen.

**Berlin.** Der „Reichsanzeiger" erklärt den „Hamb. Nachr." gegenüber, daß zwischen dem Reichskanzler v. Caprivi und den verstorbenen Abgeordneten Windthorst Verhandlungen und Befragungen über den Welfenfond zu keiner Zeit stattgefunden haben. — Der „Reichsanzeiger" bringt einen Bericht über die Zintgraff'sche Expedition, der zunächst Bekanntes enthält, zum Schluß aber mittheilt, daß Dr. Zintgraff von Kamerun, sobald er die erforderliche Verstärkung erhalten habe, nach Balibung aufbrechen und die Expedition fortsetzen wird. Balibung ist mit einer starken Besatzung unter dem Expeditionsweiter Carstensen belegt worden, während ein anderes Mitglied der Expedition bei Muambi im Lande der Banyangs mit einer kleineren Schaar ansässig geworden ist. — Der Kaiser kaufte den Wettfahrtkutter „Thistle" von dem Engländer Bell. — Mitglieder des Centrums erlassen einen Aufruf zur Errichtung eines Windthorst-Denkmals in Meppen. — Zwischen unseren ostafrikanischen Häfen und Bombay soll eine Dampferlinie errichtet werden.

**Berlin.** Dr. Peters schifft sich Anfang Mai in Neapel nach Ostafrika ein. — Im Westen Berlins machte vergangene Nacht der 20jährige Kellerwirth Studt einen Mordversuch auf seine Mutter, der er mit einem Hackemesser schwere Kopfwunden beibrachte. Darauf durchschnitt er sich selbst den Hals. Zur Beide besteht wenig Hoffnung.

**Berlin.** Der Bericht über die Ergebnisse des ersten Semesters des laufenden Geschäftsjahres, den die Direktion der Laurahütte erstattete, konstatirt eine Mehrproduktion an Steinkohlen von 41,000 Tonnen, und an Roheisen von 5500 Tonnen, während die Produktion der Walzwerke um 10,000 Tonnen geringer war. Die Kohlennachfrage war rege. In der letzten Woche wurde das Geschäft in Handelseisen lebhafter, die Preise aber sind zu gering.

**Berlin.** Der Bundesrath wird heute die Resolution des Reichstags, betreffend die Vergütung der Reisekosten der Beamten und Offiziere berathen, die Resolution des Reichstages dagegen auf Vorlegung einer Uebersicht der Ausnahmetarife der deutschen Eisenbahnen zur Förderung der Kohlenausfuhr und auf Vorlegung des mit Wolff's Bureau geschlossenen Vertrages wegen Beförderung von Telegrammen, an den Reichskanzler überweisen.

**Hamburg.** Der Reichstagsabgeordnete v. Kardorff hat sich dem Fürsten Bismarck schriftlich erboten, ihm seinen Wahlkreis zur Verfügung zu stellen, wenn er in Geestemünde nicht gewählt werden sollte.

**Pfund's** rheinische Kindermilch. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bankiersstr. 41/42. Trockenfütterung